

# Die Kriegs-Teuerungszulagen.

30. Sitzung des Abgeordnetenhauses, 17. November.

Am Tische des Bundesrats: v. Loebell, Dr. Beseler, Dr. Lenze, Sydow.

Präsident Graf Schwerin eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 15 Minuten.

Auf der Tagesordnung steht zunächst eine Reihe von Kriegsverordnungen, und zwar über die Verlängerung der Amtsdauer der Handelskammermitglieder, über die Beleihung landwirtschaftlicher Fonds bei den Darlehnsstellen des Reichs, über den Erwerb von Kriegsanleihe für Stiftungen, Familienfideikommiss, Lehn- und Stammgüter und über die Ausführung des Reichsgesetzes über einen Warenamtsdienstempfehlung. Sämtliche Verordnungen werden ohne Aussprache gebilligt.

Die Denkschrift über Versuche zur Prüfung der Luftdurchlässigkeit und der Feuerbeständigkeit weicher Bedeckungsarten wird zur Kenntnis genommen.

## Lebensmittelfragen.

Ein Antrag v. Bockelmann (kons.), der von Abgeordneten aller Parteien unterschrieben ist, fordert die Regierung auf, im verstärkten Staatshaushaltsausschuss Auskunft zu geben über die Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln, mit Fleisch und Fett, sowie mit Zucker.

Der Antrag geht an den Staatshaushaltsausschuss.

Abg. Braun (Soz.): Wir haben der Ueberweisung an den Ausschuss zugestimmt. Nun ist allerdings gerade heute die Eingabe des Deutschen Landwirtschaftsrats an den Reichsminister veröffentlicht worden. In ihr werden schwere Vorwürfe erhoben, die sich auch gegen die Arbeiter richten. Wir würden auf diese Fragen gern hier eingehen, werden das aber erst im Ausschusse tun, da wir unsere Zustimmung zur Ueberweisung an den Ausschuss gegeben haben.

## Ergänzung der Einkommensteuer.

Auf der Tagesordnung steht dann der Antrag Schwendenedied (ntl.), der eine Ergänzung des Einkommensteuergesetzes verlangt, und zwar so rasch, daß sie noch bei der Veranlagung für das Steuerjahr 1917 zur Anwendung kommt. Der Antrag (der in der „Voss. Ztg.“ ausführlich mitgeteilt worden ist, die Red.) will Mängel bei der einzelstaatlichen Veranlagung der Kriegsgewinnsteuer beseitigen.

Nach der Begründung durch Schwendenedied (ntl.) erklärt Generalsteuerdirektor Heinger: Der Finanzminister wird sich mit seinen Kommissaren gern an den Ausschussberatungen beteiligen und Verbesserungsvorschläge bereitwillig prüfen.

Die Abgg. Fleuster (Str.), Freiherr von Zedlitz (zl.) und von Loos (kons.) stimmen dem Grundgedanken des Antrags zu, behalten sich aber die endgültige Entscheidung vor.

Der Antrag geht an einen Ausschuss.

## Kriegsteuerungszulagen.

Auf der Tagesordnung steht dann ein Antrag von Bockelberg (kons.), der ebenfalls von allen Parteien unterstützt wird. Er fordert einmalige Kriegsteuerungszulagen für Staatsbeamte und Staatsarbeiter, auch für Volksschullehrer, ferner Erhöhung der Kriegsbeihilfen für Kinder.

Finanzminister Dr. Lenze: Während die Beamten in der ersten Kriegszeit dadurch begünstigt zu sein schienen, daß sie feste Bezüge hatten, sind sie infolge dessen durch die bald eintreffende Teuerung hart betroffen worden. Die Unveränderlichkeit ihrer Bezüge brachte es mit sich, daß ihre Einnahmen nicht mit den Ausgaben in Einklang gehalten werden konnten, wie das bei den Gewerbetreibenden und Arbeitern eher möglich war. Die Staatsregierung mußte eingreifen und sie hat zunächst mit Zustimmung dieses Hauses den verheirateten Beamten mit einem Jahreseinkommen bis 2400 Mark, soweit sie Kinder hatten, Kriegsbeihilfen gewährt, die für das erste und zweite Kind je 6 Mark monatlich, für jedes weitere 3 Mark betragen. Jedoch schon nach kurzer Zeit machte sich eine Erhöhung der Kriegsbeihilfen notwendig, und zwar auf 8 Mark für die ersten beiden Kinder und auf 4 Mark für jedes weitere. Aber auch das reichte bald nicht mehr aus, und es wurde der Kreis der Bezugsberechtigten dahin erweitert, daß die Einkommensgrenze ausschließlich Wohnungsgeld bis 3000 Mark, bei Lohnangestellten bis 2400 Mark erhöht wurde. Ferner wurden die Kriegsbeihilfen abgestuft je nachdem, ob die Beamten in den teureren großen Industrieorten oder in den doch etwas billigeren kleineren Orten leben. Auch kinderlosen Beamtenfamilien wurden die Zulagen gewährt. Es hat sich jedoch gezeigt, daß bei der immerhin noch zunehmenden Teuerung das bisher Geleistete in keiner Beziehung ausreicht. Die Staatsregierung erkennt durchaus an, daß bei dieser langen Dauer des Krieges etwas Befonderes geschehen muß, und zwar, daß den Beamten und Lohnangestellten auch ein einmaliger größerer Betrag zukommen muß. (Sehr richtig!) Die Höchstgrenze von 3000 Mark Einkommen wird erheblich höher gezogen werden müssen, und es werden nicht nur Unterbeamte, sondern auch mittlere und höhere zu bedenken sein. Auch die Unverheirateten sollen bedacht und auch die noch in der Ausbildung für Studium oder Beruf befindlichen Kinder von 15 bis 18 Jahren in die Unterstützung einbezogen werden. (Beifall.) Auf dieser Grundlage dürfte im Ausschuss sehr bald eine Verständigung erzielt werden. An die Arbeitskraft der Beamten sind in immer größerem Maße die stärksten Anforderungen gestellt worden. Die Arbeit ist bei allen Behörden erheblich gewachsen. Mit außerordentlicher Dankbarkeit erkennt die Staatsregierung die hingebende Pflichttreue und die große Bereitwilligkeit der Beamten an, für ihre ins Feld gezogenen Kameraden einzutreten. Die Staatsregierung dankt aber auch den Beamten, daß sie den ersten Willen gehabt haben, sich mit der großen Teuerung der Lebensmittel abzufinden, ohne den Ruf nach Staatshilfe zu erheben. (Sehr richtig!) Soweit es gegenüber den allgemeinen Aufgaben möglich ist, wird die Staatsregierung für die Beamten sorgen. Die Beamten sollen geschützt werden gegen die außerordentliche Teuerung, die jetzt über sie hereingebrochen ist. Ich hege die Zuversicht, daß die Maßnahmen, die wir beschließen haben und an denen wir die Zustimmung des Hauses erwarten, dazu dienen werden, unseren Beamten das Durchhalten zu erleichtern. (Beifall.)

## Streit um getroffene Abmachungen.

Abg. Freiherr v. Zedlitz (fort.): Wir schließen uns aus vollem Herzen den Worten des Ministers an. Wo es sich um Fürsorge um Beamte und Arbeiter handelt, da kennt dieses Haus keine Parteigrenzen. (Sehr wahr! rechts.) Die Beamten und Arbeiter wissen, daß sie auf das Abgeordnetenhause rechnen können. Die Ausschussberatungen werden hoffentlich guten Erfolg haben. Sie werden die Beamten beruhigen. Das ganze Haus steht hinter dem Antrag, so daß eine Begründung nicht notwendig war. Auch die Lehrer müssen bedacht werden. Wir haben für sie ein warmes Herz. (Beifall.)

Abg. Hirsch-Berka (Soz.): Der Antrag sollte gar nicht begründet werden, damit nicht das übliche Wettrennen der Parteien stattfindet. Der Freiherr v. Zedlitz hat diese Abmachung gebrochen. (Hört! Hört! und Unruhe.)

Abg. Delius (fortsch. Bpt.): Auch wir bedauern das. (Sehr richtig! links.) Wir werden im Ausschusse die Frage mit aller Gründlichkeit behandeln. (Beifall links.)

Abg. Frhr. v. Zedlitz (freil.): Ich war bei diesen Vereinbarungen nicht zugegen. (Widerpruch links, Zuruf des Abg. Adolf Hoffmann (Soz.): Körperlich ja! Heiterkeit.)

Abg. Schröder-Cassel (nllb.): Es war verabredet worden, daß nur ein Redner zum Antrag sprechen sollte, und zwar der Senior Herr v. Zedlitz.

Abg. Delius (fortsch. Bpt.): Das Gegenteil ist richtig: Herr v. Oppenheim hat mir ausdrücklich bestätigt, daß nicht gesprochen werden sollte.

Abg. Adolf Hoffmann (Soz.): Man hat das Wort gebrochen, wir werden unsere Konsequenzen ziehen!

Abg. Schmedding (Str.) stimmt dem Abg. Schröder zu.

Abg. Frhr. v. Zedlitz (freil.): Wir wollten erst eine Interpellation einbringen, haben sie aber zugunsten des gemeinsamen Antrages zurückgezogen.

Abg. Hirsch-Berka (Soz.): Wieder einmal ist ein Beschluß des Seniorenkongresses über den Haufen geworfen worden. Dagegen legen wir Verwahrung ein!

Abg. Dr. Wagner-Dreslau (frl.) bestätigt die Darstellung des Abg. Schröder.

Abg. Adolf Hoffmann (Soz.): Absichtlich hat man die Verabredung nicht gehalten. Wir werden danach handeln. (Rechtens rechts.)

Präsident Graf v. Schwerin stellt fest, daß nach einem Ueber-einkommen tatsächlich zu dem Antrage nicht gesprochen werden sollte. (Hört, hört! links.)

Der Antrag geht an den Staatshaushaltsausschuss.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

## Eine Geschäftsordnungsdebatte.

Der Präsident beraumt die nächste Sitzung an auf Montag, nachmittags 4 Uhr, mit der Tagesordnung: Antrag Rehren (frl.) auf Aenderung des Kommunalabgabengesetzes in der Richtung, daß das Militäreinkommen für Offiziere des Beurlaubtenstandes nicht zur Gemeindeeinkommensteuer herangezogen werden darf, ferner Antrag von Seydebrand (kons.) über die Polenfrage.

Abg. Dr. Friedberg (ntl.): Wir haben alle Ursache, unsere Zeit zusammenzuzahlen, um unsere Arbeiten recht rasch zu erledigen und damit zu sparen. Die verschiedenen Ausschüsse haben auch bereits ihre Tätigkeit begonnen. Heute wird nun mitgeteilt, daß der Unterrichtsausschuss einen wichtigen Antrag von der Tagesordnung abgesetzt und beschlossen hat, seine Beratungen erst Ende Januar wieder vorzunehmen. (Hört, hört! links.) Es handelt sich um den wichtigen Dissidentenantrag, wonach Dissidentenkinder vom Religionsunterricht befreit werden sollen. In aller Deffentlichkeit muß ich Verwahrung gegen eine solche Verschleppungstendenz einlegen. (Lebh. Zustimmung links.)

Abg. A. Hoffmann (Soz.): Ich schließe mich dem Protest des Vorredners durchaus an. Das Zentrum wollte die Dissidentenfrage sogar bis nach dem Kriege vertagen. (Hört, hört! links.) Als wir erklärten, dann diese Frage beim Kultusetat besprechen zu wollen, wurde von konservativer Seite angeregt, sie in der Kommission doch noch vor dem Kultusetat zu behandeln. Das Zentrum hat jedesmal im letzten Augenblick verstanden, den Antrag nicht an das Plenum gelangen zu lassen. Wir werden daher künftig auf Verprechungen, welche uns ausdrücklich gemacht sind, keinen Wert mehr legen und einfach nicht mitmachen.

Abg. Traub (fortsch. Bpt.): Ich danke dem Abg. Friedberg dafür, daß er die Sache hier angeregt hat. Ich muß mich ebenfalls seiner Verwahrung anschließen. Ich bedauere lebhaft, daß der Dissidentenantrag auf diese Art und Weise zurückgesetzt worden ist. Gerade während des Burgfriedens wäre die beste Zeit gewesen, ohne Leidenschaft und in aller Ruhe diese Dinge zu überlegen und endlich einmal zu einem guten Ende zu führen.

Abg. Dr. v. Campe (nllb.): Aus einem ganz persönlichen Grunde möchte ich die Ausführungen des Abg. Friedberg nochmals unterstreichen. Als wir vor der zweiten Beratung des Kultusetats über eingekommen waren, die ganze Dissidentenfrage auszuschneiden, bin ich damals auf die Bitte von verschiedenen Parteien mit den Sozialdemokraten in Verbindung getreten. Es ist mir einigermaßen schwer geworden, Herrn Hoffmann davon abzubringen, hier im Plenum über die Sache zu sprechen. Es gelang mir erst, nachdem ich ihm die feste Zusicherung gab, daß die Sache nicht auf die lange Bank geschoben werden würde. Bei einigermaßen gutem Willen wäre es sehr gut möglich gewesen, diese Vereinbarung mit den Sozialdemokraten einzuhalten.

## Die Verschleppung der Beratung über die Dissidentenfrage.

Abg. Adolf Hoffmann (Soz.): Vor dem Lande will ich nur das bereite Schweigen der Gestümpften von rechts und in der Mitte feststellen. (Heiterkeit.) Meine Herren, Sie bekommen doch Tagesgelder und Freifahrtkarten. Warum wollen Sie da nicht weiterarbeiten? Aber man hat die nackte Absicht, die Sache zu verschleppen. Das Zentrum hat diese Absicht offen eingestanden, die Konservativen haben ihnen dann geholfen. Aber wer einmal lügt, dem glaubt man nicht! (Der Präsident rügt den Ausdruck.)

Abg. Heß (Str.): Es handelt sich um keine Verschleppung, aber wir wollten den Burgfrieden nicht stören lassen. (Hört, hört! links.) Es gibt doch jetzt wohl wichtigere Sachen als die Gewissensbedenken einzelner. (Unruhe links.)

Abg. Dr. Friedberg (ntl.): Gerade in dieser Zeit muß man auf die Gewissensbedenken der einzelnen besondere Rücksicht nehmen. (Sehr richtig! links.) Darum ist diese Beratung besonders dringlich. Warum soll auch die Zeit Ende Januar günstiger sein als die jetzige? (Sehr gut! links.)

Abg. Adolf Hoffmann (Soz.): Das soll keine Verschleppung sein, Herr Heß? Das glauben Sie ja selbst nicht. Auf einmal kommen Sie mit dem Burgfrieden. Bei der Judenstatistik haben Sie nicht daran gedacht. (Sehr richtig! links.) Vom Burgfrieden sprechen Sie nur, wenn es Ihnen paßt. Seit vielen Jahren bemühen wir uns nun um diesen Antrag. Er muß endlich erledigt werden. Die Dissidenten draußen an der Front vergießen ebenso gut ihr Blut wie andere. Es war vereinbart, daß der Antrag sofort erledigt werden soll. Jetzt ist man aber wortbrüchig geworden. (Der Präsident rügt diesen Ausdruck.)

Abg. Dr. v. Campe (nllb.): Während der ganzen nächsten Woche wäre Zeit zur Behandlung im Unterrichtsausschuss. Die Schärfe der Auseinandersetzungen wird durch diese Art der Handhabung der Geschäftsordnung und der Majorisierung gegenüber einer einmal getroffenen Vereinbarung nicht gemildert werden.

Abg. Adolf Hoffmann (Soz.): Vereinbarungen mit dem Zentrum wird man nächstens nur in Form eines notariellen Aktes machen müssen. (Heiterkeit.) Es liegt ein Wortbruch vor. (Der Präsident rügt den Ausdruck.) Ich weiß keinen deutlicheren Ausdruck.

Abg. Dr. Porsch (Str.): Wer hat das Wort gebrochen?

Abg. Dr. Heß (Str.): Unser Antrag auf Vertagung der Angelegenheit bis nach Kriegsende wurde ja zurückgezogen zugunsten des konservativen Vorschlages, die Frage bis Januar zu vertagen.

Abg. Adolf Hoffmann (Soz.): Dem Zentrum waren eben die Strauben zu sauer, und die Konservativen suchten zu retten, was zu retten war. Es liegt ein Wortbruch vor. (Lebhafte Unruhe.)

Abg. Dr. Porsch (Str.): Ich weise den Vorwurf des Wortbruchs entschieden zurück. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Gehren (kons.): Auch ich lege gegen diesen Vorwurf entschieden Verwahrung ein. (Beifall rechts.)

Abg. Adolf Hoffmann (Soz.): Wenn man nicht von jesuitischen Wendungen sprechen will, muß ich den Vorwurf des Wortbruchs aufrechterhalten. (Lebh. Unruhe im Zentrum und rechts.)

Präsident Graf v. Schwerin: Damit ist diese Aussprache erledigt.

Schluß der Sitzung 5 1/2 Uhr.